

Zeitschrift: Horizonte : Schweizer Forschungsmagazin
Herausgeber: Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen
Forschung
Band: - (2005)
Heft: 64

Artikel: "Die grosse Herausforderung ist die Integration in den Arbeitsmarkt"
Autor: Merz, Andreas / Gärtner, Ludwig
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-968418>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

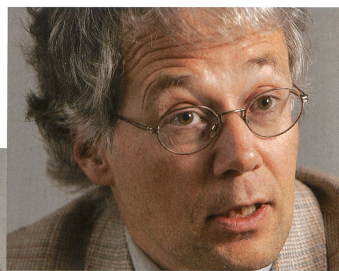
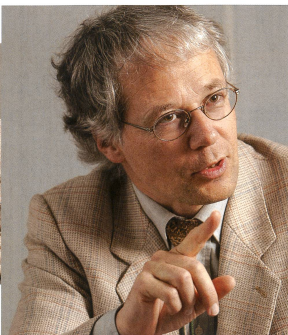
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Die grosse Herausforderung ist die Integration in den Arbeitsmarkt»



«Es ist heute wissenschaftlich unbestritten, dass der Risikoausgleich zwischen den Krankenkassen verbessert werden muss.»



«Dass es im Gesamtsystem fast keine Umverteilung von oben nach unten gibt, hat mich als Sozialversicherungs-Experten überrascht.»

VON ANDREAS MERZ
BILDER DOMINIQUE MEIENBERG

Wer in der Schweiz einmal aus dem Arbeitsmarkt gefallen ist, kommt heute kaum mehr wieder hinein. Dies hat – nebst anderem – das Nationale Forschungsprogramm «Probleme des Sozialstaats» (NFP 45) gezeigt. Dessen Präsident zieht zum Programmabschluss Bilanz.

Das NFP 45 deckt ein sehr breites Themenspektrum ab: Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Behinderung und IV, Sozialpolitik und soziale Sicherheit, Gesundheitswesen. Gibt es Resultate, die Sie als Sozialversicherungsexperten überrascht haben?

Ludwig Gärtner: Dass es im Gesamtsystem fast keine Umverteilung von oben nach unten gibt, hat mich schon überrascht. Der Ausgleich geschieht in der Schweiz zwischen Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen. Zwischen oberen und unteren

Einkommenschichten dagegen passiert nichts. Weiter war mir nicht bewusst, dass es so viele Projekte zur Wiedereingliederung von Menschen mit psychischer Behinderung gibt oder wie lange Menschen versuchen, mit gesundheitlichen Problemen selbst umzugehen, bevor sie sich bei der IV anmelden. Bis jetzt hat es zur Situation von Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft kaum Studien gegeben. Schliesslich hat es sich auch gezeigt, dass wir einen sehr flexiblen Arbeitsmarkt haben, der nicht segmentiert ist.

Wie muss man einen solchen flexiblen und nicht segmentierten Arbeitsmarkt denn verstehen?

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit und Armut in den 1990er Jahren ist nicht darauf zurückzuführen, dass es einen Bereich im Arbeitsmarkt mit sicheren, gut entlohnten Jobs und einen anderen Bereich mit unsicheren, schlecht bezahlten Stellen gibt. Dafür ist es in der Schweiz für Menschen, die einmal ganz aus dem Arbeitsmarkt gefallen sind, enorm schwierig, wieder hineinzukommen. Die verschiedenen Studien aus den Bereichen IV, Sozialhilfe oder Arbeitslosigkeit fügen sich hier zu einem klaren Gesamtbild zusammen.

Damit gäbe es allerdings sehr wohl eine Segmentierung.

Ja, aber nicht innerhalb des Arbeitsmarkts, sondern zwischen Drinnen und Draussen.

Man kann es auch so formulieren: Das System der sozialen Sicherheit ist deshalb überlastet, weil der Arbeitsmarkt zu wenig aufnahmefähig ist.

Sie haben erwähnt, dass beim sozialen Ausgleich eine Umverteilung zwischen den Einkommensklassen fehlt. Womit hat das zu tun?

Es hat sich wieder einmal gezeigt, dass man immer auch das Steuersystem im Auge behalten muss. Ein Beispiel: Wenn die Beiträge an die zweite Säule von den Einkommenssteuern abgezogen werden, macht das bei hohen Einkommen sehr viel mehr aus als bei tiefen. Dazu kommt, dass mit der zunehmenden Finanzierung des Sozialstaats über die Mehrwertsteuer kleine Einkommen proportional mehr belastet werden.

Die vorliegenden Zahlen zum Sozialtransfer berücksichtigen allerdings nur Leistungen auf Bundesebene. Es ist möglich, dass die Rechnung anders aussähe, wenn man kantonale und kommunale

Sozialleistungen wie Stipendien oder Wohnhilfen mit einbeziehen würde.

Wenn wir die Ebene der Politik betrachten: Wo finden sich hier die wichtigsten Anknüpfungspunkte zu den Forschungsergebnissen zum Sozialstaat Schweiz?

Das Nationale Forschungsprogramm 45 beruht auf der aktuellen Debatte über die steigenden Kosten des Sozialstaates: Was

Experte in Theorie und Praxis

Ludwig Gärtner präsidiert die Leitungsgruppe des nun abgeschlossenen Nationalen Forschungsprogramms 45 «Probleme des Sozialstaats», das gemäss Auftrag des Bundes die Forschung in wichtigen Bereichen der Sozialpolitik – wie Erwerbslosigkeit, Gesundheitswesen, neue Ansätze der sozialen Sicherung, Behinderte – intensiviert hat. Der 1958 geborene Sozialwissenschaftler arbeitet seit 1990 im Bundesamt für Sozialversicherung, wo er heute den Bereich «Forschung & Entwicklung» und stellvertretend das Kompetenzzentrum «Grundlagen» leitet. Er ist in diversen in- und ausländischen Forschungsgremien engagiert.

sind die Hintergründe dieser Veränderungen, und was kommt da auf uns zu? Eng verbunden damit ist die Diskussion über den Arbeitsmarkt und die Frage, wie jene Personen sozial und beruflich wieder eingegliedert werden können, die heute keinen Job haben. In diesen Zusammenhang gehört etwa die Revision der Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS), mit der die Integration über Anreize verbessert werden soll. Ein weiterer Anknüpfungspunkt ist die IV-Diskussion. Die 5. Revision, die sich zurzeit in der Vernehmlassung befindet, geht ja genau in diese Richtung: Wie können wir unsere Bemühungen mehr auf die Integration lenken? Die Frage lautet hier: Was kann ein aktiver Staat bieten, damit auch seine Bürger aktiv sein können? Bei der Krankenversicherung schliesslich drehen sich die Fragen um Kostensteigerung, Wettbewerb und Regulierung. Es ist heute wissenschaftlich unbestritten, dass der Risikoausgleich zwischen den Krankenkassen verbessert werden muss. Kassen, die viele Patienten mit grossen gesundheitlichen Problemen versichern, sind heute gegenüber jenen

«Die Job-Unsicherheit hat seit den 90er Jahren nicht generell zugenommen. Im Ganzen ist die Situation stabil geblieben.»



mit vielen Gesunden benachteiligt. Um einen wirklichen Risikoausgleich zwischen den Krankenkassen zu gewährleisten, muss das Risiko nicht nur aufgrund der Angaben zu Alter und Geschlecht der Versicherten berechnet werden, sondern auch aufgrund von Informationen über ihren Gesundheitszustand. Der Ökonom Alberto Holly hat in einem neuen Modell gezeigt, wie dies erreicht werden kann, ohne dass die Vertraulichkeit der Patientendaten gefährdet würde.

Dieses Modell wurde im vergangenen Herbst präsentiert. Doch ist das eidgenössische Parlament in der damaligen Debatte zur KVG-Revision überhaupt nicht darauf eingegangen...

Forschungsergebnisse sind ja nur ein Argument in der politischen Debatte. Tatsächlich kann es lange dauern, bis Forschungsergebnisse in die Politik einfließen. Das zeigen auch Erfahrungen aus anderen Bereichen. Eine Zeitspanne von drei bis vier Jahren ist absolut normal. Wenn Ergebnisse heute noch nicht aufgenommen werden, heisst das noch lange nicht, dass sie keine Wirkung haben.

Sie haben den Gegensatz zwischen Wissenschaft und Politik erwähnt: Wo sind mit dem NFP 45 wissenschaftliche Lücken geschlossen worden?

Alle Studien bringen neue Erkenntnisse. Aber zwei konkrete Beispiele: Dass der Arbeitsmarkt in einem positiven Sinn funktioniert, also nicht segmentiert ist, war bisher wissenschaftlich nicht belegt. Dasselbe gilt für die Annahme, die Job-Unsicherheit habe in den 1990er Jahren generell zugenommen. Auf einige Branchen mag das zutreffen, im Ganzen ist die Situation jedoch stabil geblieben.

Auch die Situation der Behinderten wurde zum ersten Mal untersucht.

Ja, das war schon ein Aufbruch. Bei der Arbeit zum Gleichstellungsgesetz, das Anfang 2004 in Kraft trat, war deutlich geworden, dass es in der Schweiz praktisch keine Daten zu den Lebensumständen von Behinderten gibt. Diese Lücke ist nun geschlossen worden.

Wir sind allerdings noch weit davon entfernt, die Situation in einem umfassenden Sinn abbilden zu können. In diesem Zusammenhang ebenfalls neu ist die wis-

senschaftliche Auseinandersetzung mit der IV. Wir haben hier Einsichten über ihre Funktionsweise und die Situation von Rentnerinnen und Rentnern der Invalidenversicherung erhalten.

Können Sie uns zum Schluss einen Ausblick geben? Was sind die grossen Herausforderungen, die in den nächsten Jahren auf uns zukommen?

Wie schaffen wir es, dass Leute, die arbeiten wollen und können, auch tatsächlich Arbeit erhalten? In der IV und der Sozialhilfe ist das eine grosse und sehr komplexe Herausforderung, die nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine gesellschaftspolitische Bedeutung hat.

Sorge bereiten ja nicht nur die direkten Kosten, welche mit einem Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt verbunden sind. Die Betroffenen werden gesellschaftlich an den Rand gedrängt und leiden unter dieser Situation. Wenn dies immer mehr Menschen betrifft, wird der Zusammenhalt in der Gesellschaft gefährdet. Ansatzpunkte gibt es hier verschiedene, womöglich muss man auch im Bildungs- oder Steuersystem Massnahmen ergreifen. ■

Weitere Informationen zum Thema:
www.sozialstaat.ch